

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Abonnementspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich 1,50 Mk., halbjährlich 3 Mk., jährlich 6 Mk.
Postfrei das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile ober deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Mittagsblatt 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Der türkisch-griechische Krieg.

Die Friedensverhandlungen sind unter Mitwirkung der Mächte im Gange, doch einen allgemeinen Verlauf dürfte dieselben kaum nehmen. Wie aus Athen gemeldet wird, wurde gestern der Text der Note über die Vermittlung der Mächte heute festgestellt. Der Ministerpräsident Malli und der Minister des Äußeren Stalidis hatten heute in der deutschen Botschaft mit dem deutschen Gesandten Baron von Pfeffen eine länger dauernde Unterredung.

Im englischen Oberhaus fragte gestern Lord Kimberley an, ob die griechische Regierung die Absicht angekündigt habe, ihre Truppen aus Kreta zurückzuziehen, und ob sie die Vermittlung der Mächte nachgeschickt habe. Der Premierminister Lord Salisbury erwiderte hierauf, wenn er die beiden Fragen verneinen würde, so wäre dies völlig korrekt, aber irreführend. Daher erkläre er, daß die griechische Regierung die Vermittlung nicht nachschickte, daß aber Mitglieder derselben den Wunsch nach Vermittlung ausgedrückt haben. Er glaube nicht, daß die griechische Regierung als Gesamtheit die Vermittlung aufschlagen würde, sondern daß einzelne Mitglieder derselben beabsichtigen. Hinsichtlich Kretas bestehe dieselbe Unbestimmtheit in den gegenwärtigen Zuständen. Die griechische Regierung halte es nicht für ihrer Lage entsprechend, die sofortige oder endgültige Zurückziehung ihrer Truppen anzufügen, doch habe er, obwohl die Regierung keine absolute amtliche Bestätigung habe, die griechische Regierung sei zu der Zusage bereit, ihre Truppen in der Zukunft, und zwar an einem nicht sehr entfernten Tage, zurückzuziehen. Diese Versicherung, fuhr Lord Salisbury fort, sei leider nicht ganz befriedigend für alle Mächte. Er habe jedoch nur für die englische Regierung zu antworten. Die von derselben ihrem Gesandten in Athen erteilten Instruktionen seien die, sich jedem Vorgehen zwecks Vermittlung anzuschließen, das den übrigen Mächten annehmbar sei. Der Hauptpunkt sei nach Ansicht der englischen Regierung der, womöglich das Blutvergießen aufzuhalten, und sie lege nicht sehr viel Gewicht auf die Formen; er bedaure sehr, daß die griechische Regierung sich mehr eigen in Bezug auf Formen zeige, als es die Umstände rechtfertigen.

Wie weit Griechenland selbst jetzt noch davon entfernt ist, den vollen Ernst der Situation zu erkennen, geht in drastischer Weise aus der Erklärung hervor, mit der die griechische Regierung von den Mächten die Ueberführung der aus Kreta zurückgerufenen Truppen verlangt: nicht etwa, weil die Regierung ein Entgegenkommen gegen die Mächte nicht will, sondern weil sie die Truppen in Thessalien sehr notwendig braucht, sollen sie von den Admiralen durchgelassen werden! Das ist doch der Gipfel der Unverfrorenheit! — Auch der Umstand, daß nun mit einem Male das griechische Admiralschiff vor Volo erschienen sei und die Beschießung der Stadt angebrochen habe, geht ein wenig in dieses Kapitel; befähigt sich die Nachricht, so zeigt sie, wie rücksichtslos die Griechen überall, wo sie Überwasser zu haben glauben, ihre Macht auszunutzen versuchen; solche Erscheinungen müssen natürlich zu doppelter Vorsicht der griechischen Unverfrorenheit gegenüber anspornen.

Aus Larissa liegen von gestern folgende Meldungen vor: Die Einwohner von Volo bleiben im Orte; sie begrüßen die Türken respektvoll und heißen sie willkommen. Zahlreiche Häuser sind mit Flaggen in den französischen und italienischen Farben geschmückt; fast alle Magazine sind geschlossen. Die griechischen Matrosen haben die Hauptmaingasse der Lokomotiven herausgenommen, so daß dieselben unbrauchbar geworden sind. Die Türken, obwohl ermüdet, rücken in guter Ordnung in die Stadt ein. Der türkische Befehlshaber richtete einen Aufruf an die Bevölkerung, um sie zu beruhigen und die Kaufleute zu bitten, ihre Magazine wieder zu öffnen. Die türkischen Offiziere beklagen sich über den geringen Widerstand der Griechen und sagen, es ist kein Krieg, sondern nur ein einfacher militärischer Marsch. — Die Meldung der italienischen Freiwilligen und auch einige französische Freiwillige sind nach der

Niederlage bei Larissa abgereist. — Nach dem Auslaufen des griechischen Geschwaders sind das französische, das italienische und das englische Stationschiff im Hafen von Volo verblieben. In der Stadt, die militärisch besetzt ist, herrscht Ruhe. Die Türken haben auf den Volo umgebenen Höhen Stellung genommen; die türkische Hauptmacht wurde indes von Volo zurückgezogen und marschiert nach einem andern Punkte. In Volo wurden viel Waffen und Schießbedarf, auch Pulver und Lazarethmaterial gefunden. Das türkische Hauptquartier, welches die Nacht über in Velestino war, kehrt heute nach Larissa zurück; wahrscheinlich wird dasselbe den Vormarsch fortsetzen und nach Vharfala weiter rücken. Alle Vharfala beherrschenden Berge sind von den Türken besetzt.

Ueber die Beteiligung deutscher Offiziere in der türkischen Armee sind die abenteuerlichsten Geschichten bekannt geworden, u. A. wurde die Nachricht verbreitet, daß nach Angaben des römischen Sozialistenblattes „Avanti“ auf dem Schlachtfeld bei Velestino der Uniformrock eines preussischen Mannes und deutsche militärische Werte gefunden wurden. Hierzu wird dem „V. L.“ von dem bekannten Militärschriftsteller Hauptmann Tanagra geschrieben:

„Die erste Mitteilung beruht sicher auf folgender Täuschung. Das türkische Regiment der „Banciers de la Garde Imperiale Ottomane“ sieht fast genau wie das zweite preussische Garde-Regiment aus. Es hat dieselben Manas, Beinkleider, Stiefel, Leibbinden etc. etc. Die einzigen Unterschiede sind die türkischen Sammelbügel statt der Tschakpas und weiße Gardelilien der Mannschaften sowie silberne der Offiziere statt der goldenen respektive goldenen. Die Ähnlichkeit der Uniformen ist so groß, daß ich selbst anfänglich, obwohl ich drei Monate nach der Kriegsschule bei den zweiten Garde-Regimenten gedient habe, den damaligen Kommandeur des türkischen Regiments Baron v. Brodoff, den jetzigen türkischen General, für einen preussischen Major des zweiten Garde-Regiments hielt, als ich ihn im Klub in Konstantinopel kennen lernte. Nebenbei sei bemerkt, daß dieses türkische Regiment den Ehrennamen „Kumane“, das heißt Modellregiment, führt. Wahrscheinlich ist ein Soldat dieses Regiments als Ordonnanz Brodoff's nach Larissa oder eines anderen Generals auf dem Schlachtfeld von Velestino gewesen und hat durch seinen verlorenen Rock den Irrtum des Korrespondenten des „Avanti“ hervorgerufen. Die Geschichte mit den deutschen Werten aber ist noch einfacher. Ich kenne persönlich zahlreiche türkische Offiziere, welche deutsch sprechen und deutsche militärische Werte besitzen. Vielleicht hat die gleiche Ordonnanz Bücher und Rock verloren!“

Aus dem Reiche.

Wie aus Metz gemeldet wird, begab sich der Kaiser gestern Nachmittag 2 Uhr zu Wagen von Urville nach dem Fort Prinz August von Württemberg, wo derselbe zu Pferde stieg und nach dem Gergierplatz von Frescati ritt. Dort hatte das Königs-Regiment Nr. 145 Paradeauffstellung genommen und tausende von Zuschauern hatten sich dazwischen eingefunden. Nach dem Vorbeimarsch und nach dem Gergierplatz der einzelnen Bataillone fand unter Zuziehung von anderer Infanterie und von Pionieren ein Sturmmanöver auf das Fort Prinz August von Württemberg unter Benutzung der Sturmleitern statt, während eine Dragoner-Brigade im Rücken der Angreifer eine Attacke gegen dieselben ausführte. Um 7 1/2 Uhr war die Übung beendet. Nach derselben begab sich der Kaiser nach Montigny in das Offizierskafee des Königs-Regiments, wo derselbe im Kreise des Offizierskorps das Diner einnahm. Um 9 1/2 Uhr gab sich der Kaiser mit der Bahn nach Argel-Urville zurückzufahren. — Die Kaiserin kam mit kleinem Gefolge um 5 Uhr am Hauptbahnhof in Metz an und besuchte das Kloster St. Constanze und die Kronenhäuser Mathildenstift und Von Jecours. Die Abfahrt nach Schloß Urville erfolgte um 6 1/2 Uhr. — Ueber den in der zweiten Hälfte des Monats August stattfindenden Besuch des Kaisers in Magdeburg erfährt die „Magd.“

„Magd.“, daß der Kaiser unmittelbar vom Bahnhof zur Feier der Enthüllung des Denkmals fahren wird. Vom Festplatz wird der Kaiser sich in das Palais des Generalkommandos begeben und von dort zu dem von der Stadt gegebenen Festessen. Darauf kehrt der Kaiser wieder zum Bahnhof zurück. — Wie aus Wiesbaden gemeldet wird, leidet Prinzessin Luise von Preußen stark an den Folgen der Influenza und ist meist genötigt, das Bett zu hüten. — Die Schleifen der Kränze, welche zur Hundertjahrfeier Kaiser Wilhelm's am Nationaldenkmal niedergelegt worden sind, befinden sich augenblicklich im Schloß zu Charlottenburg; es werden Spinden angefertigt, welche die Schleifen aufnehmen sollen. Ob sie im Mausoleum aufbewahrt werden, erscheint noch zweifelhaft, da die Größenverhältnisse möglicherweise im Wege stehen. Auch im Mausoleum waren anlässlich der Hundertjahrfeier einige hundert Kränze am Sarkophag niedergelegt worden; diese haben jetzt in der Gruft ihren Platz gefunden, während die dort dem Andenken des Kaisers geweihten Kränze gegenwärtig am Sarkophag ruhen. Nach dem Hohenzollernmuseum überführt sind die unterweltlichen Kränze und Kartouchen aus Metall, die am 22. und 23. März an den Stufen des Nationaldenkmals niedergelegt worden waren. — Der nationale liberale Abgeordnete Barmter erkrankte gestern plötzlich im Abgeordnetenhaus an einem Schwindel- und Fieberanfall und wurde durch einen requirierten Krankenwagen zum Schwabinghospitale gebracht. — Am Sonntag beging die „Magdeburger Zeitung“ den Tag, an welchem sie vor 250 Jahren in den Besitz der Familie Faber kam; gleichzeitig haben die jetzigen Inhaber, Alexander und Robert Faber, das fünfzigjährige Jubiläum ihrer Tätigkeit als Verleger der Zeitung. Aus diesem Anlaß haben der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei und der beiden nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und des Landtags Anlaß genommen, den Herren Faber herzliche Glückwünsche zu überreichen. — Der General der Kavallerie Wilhelm Graf zu Stolberg-Wernigerode, Chef des Dragoner-Regiments von Wredow (1. schlesisches) Nr. 4, vollendet am nächsten Donnerstag, den 13. d. M., sein 90. Lebensjahr. — Für die Provinzen Schlesien und Posen ist zum 3. Juni nach Oberlangenbielau ein sozialdemokratischer Parteitag einberufen worden, auf dem die kommenden Reichstagswahlen und Delegationsfragen behandelt werden sollen. — Im Interesse der „Gebung der Mittelschicht“ hat der „Verl. Volksztg.“ zufolge der Regierungspräsident von Göttingen sämtliche Polizeiverwaltungen des Regierungsbezirks die Verfügung erlassen, daß die Schutzeinrichtungen nicht nur auf dem Festplatz, sondern auch in den Gefängnisräumen bereits am 11. Juli d. M. Abends 7 Uhr zu machen hätten. — Der Aufruf für die Hinterbliebenen des Lebrers Grütter hat bisher den Erfolg gehabt, daß bei den Sammelstellen in Königsberg, sowie in Graubenz und in Inowrazlaw zusammen bisher 3034 Mark eingegangen sind. — Zur Handhabung des Vereinsrechts wird aus Alt-Bilan bei Königsberg gemeldet, daß sich dort der Amtsvorsteher weigerte, die Anmeldung über eine Versammlung der Fabrikarbeiter zu beschleunigen, weil das in Aussicht genommene Lokal höchstens 100 Personen bequem aufnehmen kann, während die Zahl der in der Stadt Bilan oder dem Dorf Alt-Bilan wohnenden Fabrikarbeiter 250 bis 300 beträgt. Außerdem, so heißt es in dem Bescheid, „kann ich auch mit Rücksicht auf die in diesem Orte sehr zu Erfreuen geeignete Arbeiterbevölkerung eine größere Ansammlung von Menschen in einem Lokale nicht dulden“.

Deutschland.

Berlin, 11. Mai. Kaiser Wilhelm hat dem St. Petersburgs Leib-Garde-Regiment König Friedrich Wilhelm III., dessen Chef er ist, für seine vier Feldzeichen Fahnenbänder belichen. General der Kavallerie Graf von Wedel hat die im Auftrage des Kaisers in Warschau dem Kom-

mandeur des Regiments, Generalmajor Foullon, im Beisein des gesamten Offizierskorps überreicht und gleichzeitig das folgende Schreiben des Kaisers überbracht:

„Hiermit verleihe Ich den vier Bataillonen Meines Kaiserlichen St. Petersburgs Leib-Garde-Regiments des Königs Friedrich Wilhelm III., zur Erinnerung an den 9. Juni 1871, d. h. an den Tag, an dem Ich zuerst dem Regimente nahe trat, die beifolgenden Fahnenbänder. Mögen diese Bänder ein beständiges Zeichen sein Meines besonderen Wohlwollens und Meiner hohen Freude, Mich als Chef des Regiments zu rechnen, damit es den geschichtlichen Ruhm seiner Tapferkeit und Treue mit neugeschnittenen Feldzeichen bewahren und mehrern könne.“
Neues Palais, 2. Mai 1897.

Wilhelm I. R.
Generalmajor Foullon richtete darauf an den Kaiser Wilhelm das folgende, in deutscher Sprache abgefaßte Telegramm:

„Am heutigen Tage sind, bei feierlichem Gottesdienste vor dem Regimente, durch Se. Durchlaucht den Fürsten Inzeratin, den Generaladjutanten Ew. Majestät, Grafen v. Wedel, den Divisionskommandeur und mich in Gegenwart der Kommandeure aller in Warschau befindlichen Teile der Garde, die von Ew. Kaiserlichen und Königlichem Majestät Ihrem Regimente allergnädigst verliehenen Fahnenbänder befestigt worden. Erfüllt von den Gefühlen der Dankbarkeit hat das St. Petersburgs Leib-Garde-Regiment König Friedrich Wilhelm III. mit begeistertem Durst auf Ehre Ew. Majestät, des Erlauchten Chefs des Regiments, diese neue allerhöchste Gnade, die für ewige Zeiten in der Geschichte des Regiments eine glänzende Seite darstellen wird, entgegengenommen.“

„Die Königin Viktoria“, schreibt „Truth“, „wird der Jubiläums-Flottenparade bei Spithead am Sonnabend, 26. Juni, nicht persönlich beiwohnen, sondern sich durch den Prinzen von Wales, den Herzog von Koburg und den Herzog von York vertreten lassen. Der Letztere wird seine Flagge dieses Mal als Konteradmiral an Bord der königlichen Yacht hissen. Prinz Heinrich von Preußen wird vom Panzerkreuzer „König Wilhelm“ aus der Meute beiwohnen. Die Königin gedenkt jedoch, persönlich die Flotte im Lager von Aldershot abzuhalten. Diese wird am 29. Juni in der Laufen-Flotte stattfinden. Die Königin wird sich in Begleitung der Kaiserin Friedrich und anderer Fürstlichkeiten in einem Sonderzuge von Windsor nach Aldershot begeben. An der Flotte werden auch Kolonialtruppen teilnehmen.“

Die Abgg. Euler und Genossen haben einen Antrag im Abgeordnetenhaus eingebracht, die königliche Staatsregierung aufzufordern, Maßnahmen zu treffen und vom nächsten Etatsjahr ab Mittel bereit zu stellen, wodurch auch das Fachschulwesen der Innungen mehr gefördert, insbesondere solche Anstalten errichtet und unterhalten werden, in welchen praktisch vorgebildete Handwerker als Fachlehrer sich ausbilden.

Die Abgg. v. Salisch und Genossen haben einen Gesetzentwurf im Reichstage eingebracht, betreffend einige Abänderungen und Ergänzungen der Strafprozessordnung, der Zivilprozessordnung und des Strafgesetzbuchs. Der Entwurf bezweckt die Abänderung der Bestimmungen über die Vernehmung zur Verweigerung des Zeugnisses und über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen.

Ueber den agrarischen Vorstoß vom Sonnabend im Abgeordnetenhaus gegen die Reichsregierung schreibt die „Nat.-Lib. Corr.“: „Nach in parlamentarischen Kreisen herrscht die Ueberzeugung, daß die merkwürdige Sonnabendbesetzung des Abgeordnetenhaus, wo der Statistiker Museumsbanten den konservativen Führern dazu herhalten mußte, um einen geradezu unerhörten Angriff auf die Reichsregierung, insbesondere den Reichstanzler und die Person des Freiherrn von Marschall zu richten, eine größere Bedeutung hatte, als eine einfache Verdröpfung agrarischer Schmerzen über die Verderbnis der Reichspolitik. Es ist in der That dem geringen Gehalt, mit welchem Herr v. Richter sich dem gewordenen Pfändungsbeschlusse das Haus unter gerichtliche Zwangsversteigerung gestellt und die Zahlung der sämtlichen Mieten an den Vermieter verlangt. Die Mieter zahlten auch an diesen und wurden deshalb von dem pfändenden Gläubiger verklagt. Das Gericht hat die Klage zurückgewiesen und führt begründend aus: Nach § 30 des Eigentumsverwerbsgesetzes hatten die Mietgläubiger für die eingetragenen Hypotheken, und es haben daher die Realgläubiger an diesen ein Pfandrecht, ohne daß es eines besonderen Begründungsbekandes bedarf. Nach § 31 a. d. O. ist aber diesem Pfandrecht gegenüber jede Verpfändung von Mietgläubigern auf mehr als ein Vierteljahr, so weit sie zum Nachtheile der eingetragenen Gläubiger gereicht, ohne Wirksamkeit. Jeder Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluss für den Gläubiger ist daher, da es sich um Miete für das nächste Quartal, also auf mehr als ein Vierteljahr handelt, unwirksam, soweit ein Hypothekengläubiger dadurch benachteiligt ist. Diese Benachteiligung liegt vor; denn, wie Kläger nicht bestritten konnte, ist bei der Zwangsversteigerung ein Hypothekengläubiger mit einem Betrage von 14 000 Mark ausgefallen; dieser wäre aber noch mehr geschädigt worden, wenn die Miete nicht an den Zwangsverwalter gezahlt worden wäre.“

Die Straßenaufkosten beim Grundstücks-Verkauf. Es sind in letzter Zeit wiederholt Fälle vorgekommen, daß Erwerber von Grundstücken, nachdem sie bereits jahrelang Eigentümer derselben waren, zu den Kosten der Straßenerhellung herangezogen wurden, obwohl diese Verhellung erfolgt ist, lange bevor sie das Grundstück gekauft haben. Aus neuerer Zeit liegt wieder ein derartiger Fall vor, in welchem der Eigentümer 90 000 Mark an die Stadt zahlen muß. Der betreffende Eigentümer hatte keine Abnung davon, daß eine derartige Last auf dem Grundstück lastet. Da es sich aber hier um eine öffentliche Last handelt, die der Eintragung in das Grundbuch nicht bedarf, so ist dieselbe ohne Weiteres auf den Erwerber übergegangen, und da die Aufhebung der Last erst jetzt erfolgen konnte, so hat er voraus-

Auftrags entbehrte, nicht genug zu danken, daß allseitig die Aufmerksamkeit auf die verschlungenen Wege gelenkt wurde, die zur Zeit wieder einmal die konservative Parteipolitik geht. Die mehr als pathetische Befundung, dem Kaiser Friedrich ein Denkmal zu errichten — ein Gedanke, dem alle Parteien in einer aus freudigem Herzen, aber ohne jedwede Nebenabsichten sich äußern Zustimmung sich angeschlossen — erfolgte mit der gewöhnlichen Befundung, dem Kaiser seinen Wunsch des Kaisers damit Rechnung zu tragen, trotzdem es der Bauwirtschaft so schlecht ergehe. Es kam den Konservativen offenbar darauf an, die nach ihrer Ansicht vorhandene Verderbnis der Politik im Reiche dadurch dem Kaiser als doppelt gewichtig und überzeugend nachzuführen, daß sie ihre Vorwürfe unmittelbar mit einer lokalen, persönlichen Verzeiwünschen entgegenkommenden Demonstration verquideten. Jedenfalls steht es außer allem Zweifel, daß durch das ganze Verhalten der konservativen Führer der Eifer für das Denkmal lediglich als die „Attrappe“ erscheint, um darin die vergifteten Ausfälle gegen die Reichsregierung auch sicher an die gewöhnliche Adresse zu befördern. Auf welche Vorkommnisse und Stimmungen diese Politik berechnet war, lassen wir dahin gestellt. Man wird es um so eher auf sich berufen lassen können, als die Absichten zu verb zu Tage traten, um auf Kenner menschlicher und konservativer Schwächen wirken zu können. Die persönlichen Angriffe auf Freiherrn von Marschall, der in dünnen Worten der Gesinnungslosigkeit bezichtigt wurde, hat Graf Limburg-Sturum freilich schließlich eingeschränkt, allerdings so doppeltdeutig und diplomatisch, wie es sich nur aus den Erinnerungen an seine verflorenen gesandtschaftliche Tätigkeit in Weimar begreifen läßt. Einen um so angenehmeren Einbruch aber hätte es gemacht, wenn in Rücksicht darauf vom Regierungssitz aus, wo die Weise des Grafen Limburg doch zur Genüge bekannt ist, eine weit nachdrücklichere Zurechtweisung erfolgt wäre, als es geschehen ist.“

In letzter Zeit ist die Mitteilung durch die Presse gegangen, es seien von dem königlichen preussischen Ministerium des Innern neuerdings Bestimmungen erlassen worden, wodurch die bestehenden Vorschriften betreffs des Aufenthalts der sogenannten Deutsch-Amerikaner, d. h. der in den Vereinigten Staaten naturalisierten ehemaligen Reichsbürger — in Preußen weitest- lich vergrößert seien. Diese Mitteilung entbehrt jeglicher Begründung. Bezüglich der Erlaubnis zum Aufenthalt in Preußen für Deutsch-Amerikaner sind die hierüber bereits vor Jahren erlassenen Vorschriften nach wie vor unverändert in Kraft.

Samburg, 10. Mai. Die „Hamb. Börsen- halle“ meldet: Das 25jährige Jubiläum der deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Kosmos“ wurde heute feierlich begangen. Unter den zahlreich, auch von auswärtigen eingegangenen Glückwünschen befand sich eins von dem Unterstaatssekretär des Reichspostamtes Fischer. Der erste Vorsitzende Adolf Vorwerk, der von erster Stunde an die Gefährte geleitet hatte, erhielt viele Ehrenbezeugungen und gründete mit 20 000 Mark eine „Adolf Vorwerk-Stiftung“. An Bord des Dampfers „Nis“ fand ein großes Diner statt. Den Beamten wurden außerordentliche Zuwendungen gemacht.

Friedrichshagen, 10. Mai. An dem heute von dem Hamburger Reichstagsklubverein zu Ehren des Fürsten Bismarck veranstalteten Fackelzuge nahmen etwa 3000 Personen teil. Der Vorbeimarsch dauerte über eine halbe Stunde. Als Fürst Bismarck auf dem Balkon erschien, brach ein unendlicher Jubel aus und alle Theilnehmer entzündeten trotz des strömenden Regens ihr Haupt. Der Fürst dankte seine Mühe mit dem Kaiserhelm. Dr. Semler hielt eine kräftige Ansprache, in der er die Freude über die überlebende Krankheit des Fürsten ausdrückte und an den Frankfurter Frieden erinnerte, den der Fürst vorbereitet und abgeschlossen habe. Der Redner schloß mit einem Hoch auf den Fürsten, das einen brausenenden Widerhall fand. Fürst Bismarck antwortete mit bestem Danke. Von allen Erinnerungen seien ihm die an den

lich nicht einmal ein Rückgriffsrecht gegen den Verkäufer. Es kann unter diesen Umständen nicht dringend genug empfohlen werden, daß ein Käufer im Kaufvertrage sich von Verkäufer garantieren läßt, daß ortstatutarische Beiträge zu den Kosten der Straßenanlage nicht mehr zu bezahlen sind.

Zur Geschichte des Bürgersteiges. Eine Großstadt ohne Trottoir zu denken, fällt heute schwer. Und doch ist es noch gar nicht so lange her, daß man sich selbst in Berlin auch ohne Trottoir zu befehlen wußte. Das erste Trottoir wurde in Berlin vor 70 Jahren in der Breiten-Strasse 26 vor dem Hause des Hof-Glaslieferanten Wilmanns gelegt. Unter dem 13. März 1827 erhielt, nach der „Post. Ztg.“, Wilmanns folgenden Brief vom Magistrat: „Des Königs Majestät haben zu befehlen geruht, Ihnen Allerhöchsterseits besondere Zufriedenheit dafür zu erkennen zu geben, daß Sie ein Trottoir vor Ihrem Hause angelegt haben. Es ist uns sehr erfreulich, Sie hiervon zu benachrichtigen, und wir zweifeln nicht, daß Ihr Beispiel für die Fortführung dieser gemeinnützigen Anlage sehr erquicklich sein werde. Berlin, den 13. März 1827. Oberbürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger königlichen Residenz. Wächung.“ Und die guten Hausbesitzer folgten aller Orten diesem königlichen Banne, nicht ahnend, daß man ihren Enkeln und Urenkeln bereinst aus dieser freiwilligen Leistung eine Verpflichtung zur Herstellung und Unterhaltung des Trottoirs konstatieren würde.

Geripptes Fensterglas. Versuche haben ergeben, daß bei Verwendung von geripptem Fensterglas viel mehr Licht in die dunklen Ecken eines Zimmers kommt als durch die glatten Scheiben. Es nimmt dies durchaus mit den Erfahrungen überein, die man mit den jetzt viel gebrauchten gerippten Spiegeln zur Erhellung dunkler Räume gemacht hat.

Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Stettin, 11. Mai. Der Fragekasten des Berliner „Grundbesitzgenuss“ bringt heute die Beantwortung dreier Fragen, welche auch für die hiesigen Verhältnisse von Interesse sind.

1. Verzinsung einer geleisteten Anzahlung seitens des Verkäufers eines Grundstücks an den Erwerber. Ich habe im Oktober v. J. ein Haus notariell gekauft und dabei eine Anzahlung von 5000 Mark dem Verkäufer gezahlt. Das Haus habe ich am 1. April er. übernommen, da bis zu diesem Tage Verkäufer im Besitz desselben geblieben und auch den Nutzen gehabt hat. Kann ich nun die halbjährigen Zinsen beanspruchen? Und, wenn, welchen Zinssatz darf ich berechnen?

Antwort: Aus der Frage ist nicht zu ersehen, aus welchem Grunde der Verkäufer bis zum 1. April im Besitz des Grundstücks verblieben ist. Dies ist aber nach den einschlägigen Bestimmungen maßgebend. Dieselben sind in den §§ 109, 110—116, I. 1. u. 2. M. enthalten. Hiernach kann bei einem Kaufgeschäfte keiner der Kontrahenten, wobei des anderen Willen, Sache und Kaufgeld zugleich nutzen; hat also der Verkäufer das Grundstück ganz oder zum Theil empfangen, so muß er, wenn nicht ein Anderes verabredet ist, das Erlaubte bis zur Uebergabe landesüblich, d. h. mit 5 Prozent verzinsen. Ist indes die Zahlung des Kaufgeldes ausdrücklich vor der Uebergabe des Kaufgeldes bedungen oder freiwillig ohne Vorbehalt geleistet worden, so braucht der Verkäufer, so lange die Uebergabe nicht durch seine Schuld verzögert wird, weder Zinsen zahlen noch die Nutzungen herauszugeben. Hat der Verkäufer nach Empfang des Kaufgeldes die Uebergabe schuldhafter Weise verzögert, so hat er je nach dem Grade seines Verschuldens entweder das empfangene Kaufgeld zu verzinsen oder, wenn ihm Vorbehalt oder großes Versehen bei der Verzögerung trifft, die in der Zwischenzeit gezogenen Nutzungen herauszugeben.

2. Begriff „beladener Wagen“ in Be-

zug auf das vertragsmäßige Verbot, daß beladene Wagen des Miethers nicht durch das Haus fahren sollen. Wir haben einen Mietvertrag geschlossen, in dem es in der Hausordnung u. A. heißt: „Beladene Wagen des Miethers dürfen ohne Genehmigung des Vermiethers nicht durch das Haus fahren.“ Wie ist nun die Bezeichnung „beladene Wagen“ aufzufassen? Sind darunter auch beladene Handwagen zu verstehen, und fallen also die sogenannten zweirädrigen Speicherräder unter diesen Begriff, wenn vermittelst derselben ein zwei Zentner schwerer Kisten durch die Durchfahrt befördert werden? Das Durchbringen der Kisten gehört zum Geschäftsbetrieb und läßt sich nur durch die Durchfahrt bewerkstelligen. Das Vereintragen der Kisten würde zwei Mann erfordern; die Kisten werden aber nur durch einen Kutscher angefahren, der dieselben auch an Ort und Stelle zu schaffen hat. Bemerkenswerth möchte wir auch noch, daß das Durchschleppen der Kisten mittels Handwagen vier Jahre lang gestattet worden ist, und zwar ausdrücklich. Schließlich bitten wir auch noch um gefl. Auskunft darüber, ob das Durchschleppen der Kisten nach 10 Uhr Abends unstatthaft ist?

Antwort: Bei der Auslegung des fraglichen Passus des Vertrages hat das Gericht einen weiten Spielraum, und kann daher der Fragesteller eine bestimmte Antwort, für welche irgend welche Garantie übernommen wird, nicht erwarten. Meines Erachtens sind „Karren“ unter den Begriff nicht zu subsumieren; denn eine Karre ist doch etwas ganz Anderes als ein Wagen, und nach den allgemeinen Grundsätzen sind derartige Bestimmungen nicht erweiternd, sondern strikte auszulegen. Handwagen dagegen fallen meines Erachtens unter das Verbot; freilich ist dies deshalb nicht zweifellos, weil man bei Handwagen nicht zu sagen pflegt „sie fahren“, sondern wohl ausschließlich „sie werden gefahren“, während es im Vertrage heißt: „Beladene Wagen... dürfen... nicht fahren.“ — Das bisherige Dulden steht wohl der sofortigen Anstrengung der Ermissionsklage entgegen, hindert aber den Vermieter nicht, die Uebertretung für die Zukunft zu verbieten;

ob bei einem Verstoß nach dem Verbot die Ermissionsklage angestrengt werden kann, hängt von der betr. Vertragsbestimmung ab. Da das Durchschleppen der Kisten doch jedenfalls mit erheblichem Geräusch verbunden ist, kann der Vermieter es für die Zeit nach 10 Uhr Abends verbieten. Uebrigens wird doch der Vertrag sicherlich auch eine Bestimmung betr. das Verbot von Lärm, Geräusch etc. enthalten, und ist diese Bestimmung in erster Linie maßgebend.

Wegen Betruges beim Verkauf eines Hauses wurde ein Hausbesitzer verurtheilt, weil er bewußte Mängel des Verkaufs-Objektes verschwiegen bzw. beschönigt und den Käufer dadurch getäuscht hatte. Der Gasthausbesitzer A. M. beabsichtigte, sein Gasthausgrundstück zu verkaufen. Als Käufer meldete sich der Gastwirth G. Dieser machte den M. beim Besichtigen des Grundstücks auf einen neuen, eigenthümlichen Fick in der Küche aufmerksam, in der er Gauschwamm vermutete. M. legte ihn aber in den Glauben, daß dieses nichts zu bedeuten habe und versicherte, das Grundstück sei gut. Hierdurch ließ G. sich bestimmen, das Grundstück für 48 000 Mark zu erwerben und 9000 Mark baar anzugablen. Später stellte es sich heraus, daß in vielen Räumen des Hauses der Gauschwamm wucherte. Die Reparaturkosten, welche zur Vertreibung desselben erforderlich waren, betrugen 1900 Mark. Da sich das Grundstück sonach als minderwerthig und schwer verkäuflich erwies, so erachtete G. sich als betrogen. Im Prozeß erlangte er die Aufhebung des Kaufvertrages. Außerdem wurde aber M. auch vom Landgericht Galt wegen Betrugs zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt. Gegen seine Verurtheilung hat dann M. Revision eingelegt. Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwerfung derselben.

Pfändbarkeit der Miete. Der Gläubiger eines Hauseigentümers ließ vierzehn Tage vor Beginn des neuen Quartals zur Dedung seiner Forderung einen Theil der am ersten Tage des neuen Quartals pränumerando zu zahlenden vierteljährlichen Mieten mit Arrest besetzen, jedoch wurde drei Tage nach Aufstellung des

Arrests der Pfändungsbefehl des Haus unter gerichtliche Zwangsversteigerung gestellt und die Zahlung der sämtlichen Mieten an den Vermieter verlangt. Die Mieter zahlten auch an diesen und wurden deshalb von dem pfändenden Gläubiger verklagt. Das Gericht hat die Klage zurückgewiesen und führt begründend aus: Nach § 30 des Eigentumsverwerbsgesetzes hatten die Mietgläubiger für die eingetragenen Hypotheken, und es haben daher die Realgläubiger an diesen ein Pfandrecht, ohne daß es eines besonderen Begründungsbekandes bedarf. Nach § 31 a. d. O. ist aber diesem Pfandrecht gegenüber jede Verpfändung von Mietgläubigern auf mehr als ein Vierteljahr, so weit sie zum Nachtheile der eingetragenen Gläubiger gereicht, ohne Wirksamkeit. Jeder Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluss für den Gläubiger ist daher, da es sich um Miete für das nächste Quartal, also auf mehr als ein Vierteljahr handelt, unwirksam, soweit ein Hypothekengläubiger dadurch benachteiligt ist. Diese Benachteiligung liegt vor; denn, wie Kläger nicht bestritten konnte, ist bei der Zwangsversteigerung ein Hypothekengläubiger mit einem Betrage von 14 000 Mark ausgefallen; dieser wäre aber noch mehr geschädigt worden, wenn die Miete nicht an den Zwangsverwalter gezahlt worden wäre.“

Die Straßenaufkosten beim Grundstücks-Verkauf. Es sind in letzter Zeit wiederholt Fälle vorgekommen, daß Erwerber von Grundstücken, nachdem sie bereits jahrelang Eigentümer derselben waren, zu den Kosten der Straßenerhellung herangezogen wurden, obwohl diese Verhellung erfolgt ist, lange bevor sie das Grundstück gekauft haben. Aus neuerer Zeit liegt wieder ein derartiger Fall vor, in welchem der Eigentümer 90 000 Mark an die Stadt zahlen muß. Der betreffende Eigentümer hatte keine Abnung davon, daß eine derartige Last auf dem Grundstück lastet. Da es sich aber hier um eine öffentliche Last handelt, die der Eintragung in das Grundbuch nicht bedarf, so ist dieselbe ohne Weiteres auf den Erwerber übergegangen, und da die Aufhebung der Last erst jetzt erfolgen konnte, so hat er voraus-

Zur Mittlung, nachdem Gledienland nun
die ihm gestellten Vorbedingungen er-
halte.